

Nein zum Europa der Konzerne!

Nein zur EU!

11 89 425 / 10 89 01 89 825 / 10 89 102090101-A
Sozialistische Zeitung

Egal ob er kommt, hunderte Millionen Schilling hat der Österreichs Arbeitnehmer schon gekostet: der EU-Beitritt. Die millionenschwere Propagandawalze mit den blauen Plakaten und Büchern verschlingt in Zeiten des Sozialabbaus Unsummen. Bei der kommenden Volksabstimmung gilt es „Nein“ zu sagen: „Nein zum Europa der Konzerne“.

Viele von uns haben schon Bekanntschaft mit der EG/EU gemacht. Mit dem Argument der „Europareife“ werden Arbeitszeiten flexibilisiert (sprich ausgedehnt). Landesurlaubszeiten verlängert, „maßvolle“ Lohnrunden verlangt die Verstaatlichte

Nationalismus und Unterdrückung

Von ihren bürgerlichen Verdingern

renz entgegenzustellen. All das Gerede einer friedlichen, grenzenlosen Zukunft ist pure Propaganda. Nach außen hin werden neue Grenzen und Mauern aufgebaut. Die Konzepte von einer europäischen Berufsarmee (für die Haider am stärksten eintritt) ist nichts anders als das Projekt, die Interessen der europäischen Unterneh-

einrat. Verdrängt wird, daß es nach den Problemen haben.

Die FPÖ vertritt ein Programm wie ihre Kollegen am rechten Rand der EU-Staaten, das die schlimmsten Angriffe auf die europäischen Arbeitnehmer vorsieht.

Die FPÖ sagt vielleicht z a g h a f t „Nein“ zum Beitritt, aber sie schreit „Ja“ zum Europa, in dem

die Konzerne alles und die Arbeitnehmer nichts zu melden haben.

Europaweit gegen Sozialabbau

Die EU und der Binnenmarkt sind eine Offensive der europäischen Kapitalisten. Es wird gekürzt, zugesperrt und abgebaut. Ein „Nein“ zum Beitritt alleine kann das nicht stoppen. Aber eine kräftige Ohrfeige für die Unternehmer und ein Zeichen für Widerstand wäre es auf alle Fälle. Der wichtigste Punkt ist nicht der Beitritt selbst. Die österreichische Wirtschaft ist voll integriert in die EU - das Europa der Konzerne. Entscheidend ist, wie die Bewegung für ein „Nein“ aussieht und was sie über das Abstimmungsdatum hinaus anbietet. In den letzten Monaten hat es in vielen europäischen Ländern Streiks und Demonstrationen gegen Sozialabbau und Lohnraub gegeben. Es muß uns gelingen, diese Bewegungen zusammenzufassen und den europaweit ausbeutenden Unternehmen eine europaweit kämpfende Bewegung entgegenzustellen.

von John Evers

privatisiert und zugesperrt, im öffentlichen Sektor gekürzt und gewerkschaftliche Rechte beschnitten. Was ist das für ein Europa für das wir, gemeinsam mit unseren britischen, deutschen, spanischen... Kolleginnen und Kollegen reisgemacht werden sollen? Sicherlich nicht unseres!

Reichtum und Armut

Das EU-Europa ist einer der reichsten Flecken der Welt. Trotzdem sind 30 Millionen Menschen ohne Arbeit: Tendenz steigend. Österreich ist auch ohne EU-Beitritt voll dabei: Weit

wird die EU gerne als Antwort auf den aufkeimenden Nationalismus bezeichnet. Doch in vielen EU-Staaten werden nationale Minderheiten blutig unterdrückt (GB: Nordirland, Spanien: Basken). Die EU hat nicht verhindert, daß in praktisch allen EU-Staaten starke rechtsextreme oder faschistische Organisationen entstanden sind. Die EU betreibt selbst eine „nationalistische“ ausländerfeindliche Politik. Sie macht ihre Grenzen gegenüber Flüchtlingen dicht und verpflichtet ihre Mitgliedsstaaten zum bewaffneten „Schutz“ dieser Grenzen. Und sie bietet (wie in anderen Bereichen auch) eine wunderbare Möglichkeit für die jeweilige Regierung, Protest gegen rassistische Einwanderungspolitik nach Brüssel zu verweisen.

mer gegenüber anderen auch mit Waffengewalt durchzusetzen. Es geht (im Moment) dabei nicht unbedingt darum, bereits ausgebrochene Handelskriege zwischen EU, USA und Japan mit Bomben und Granaten durchzusetzen. Wichtig ist international präsent zu sein und die Interessen des europäischen Kapitals (z.B. in Somalia, im Nahen Osten,...) wahrzunehmen. Für rechte Militaristen ist es eine ideale Gelegenheit aufzurüsten - für die Rüstungsindustrie zu verdienen.

wie vor keine klare FPÖ-Aussage zum Beitritt gibt. Doch das ist ohnehin nebensächlich. Die FPÖ denkt natürlich nicht im Traum daran, wirklich gegen die europäischen und österreichischen Unternehmer zu kämpfen, die Schuld an den sozial-

Im wirtschaftlich stärksten Staat der EU, Deutschland, lebt jeder Zehnte unter der Armutsgrenze.

Nein zur Propaganda der FPÖ

Die FPÖ versucht durch ihre Propaganda einmal mehr die Stimmen hunderttausender Menschen, in der Verstaatlichten, den Krisenregionen... die in der EU den Verursacher ihrer Probleme schen, zu keilen. Dabei spielt sie wie immer die rassistische, nationalistische Karte aus, „Österreich den Österreichern“, „Tirol den Tirolern“, etc. ... Vergessen ist plötzlich, daß die FPÖ die erste Partei war, die für einen EU-Beitritt

über 7% gehen bereits stempeln. Weitauß schlimmer sieht es besonders für junge Menschen in anderen Mitgliedsstaaten aus: In Spanien und Großbritannien gibt es Großstadtviertel mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 50-100%! Die EU hat sich als völlig unfähig erwiesen, eine Lösung für all diese Probleme auch nur im Ansatz zu bieten. Mit oder ohne EU: die Situation verschlechtert sich für den Großteil der europäischen Bevölkerung.

Wir fordern:

- ★ **Europaweiter Kampf gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit.**
- ★ **Nein zur Festung Europa - gleiche Rechte für alle in- und ausländischen Arbeitnehmer**
- ★ **Für ein Europa der arbeitenden Menschen**

Der Standpunkt:

Unheilige Allianzen

„Eh kloar“ ruft ein österreichischer Bauer seine Zustimmung zum EU-Beitritt in die Kamera. Die Botschaft ist „eh kloar“, die letzte Volldiot hat schon verstanden, was Österreich geschlossen zu tun hat: „JA“ zu den Europäischen Unionen. Doch die Hälfte ist nach wie vor „dümmer“ als „eh kloar“. Die Anzahl der Beirittsgegner und Skeptiker sind keine dumpfen zurückgewichenen Nationalisten. Es sind Arbeitnehmer, die von der internationalen Krise bedroht werden; Bauern, die im europäischen Bereich eine gewisse Sonderstellung besitzen und durch die europäischen Agrargiganten alles verlieren. All diese Angste sind zu 100% berechtigt und eng verknüpft mit dem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, für das die „Organisation EU“ steht. Ein „Nein zu EU“ bedeutet eine Kampfansage gegen ein strategisches Konzept, das von den wichtigsten Teilen der europäischen Bourgeoisie getragen wird. Natürlich gibt es auch Unternehmer (vor allem kleine), die unter diesem Konzept der „Großen“ zu leiden haben. Sie ruft eine Allianz aus Jörg Haider, tückisch Alles und Witzfiguren à la Steinbäuer: „Zurück zur Scholle, Österreich bleibt frei, klein und rein“. Doch es gibt kein einfaches Zurückdenken der Geschichte. Kapitalisten ohne die Deckung des internationa- lismus Kapitals ist (mit oder ohne EU-Beitritt) auch in Österreich nicht denkbar. Es gibt nur die Klarheit, daß die EU Europa niemals wirklich vereinen wird und in der Zeiten wirtschaftlicher Krise leicht auseinanderbrechen kann. Doch an den grundstatischen, europäischen Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen (die zu den bestehenden sozialen Problemen geführt haben) ändert sich dadurch nichts. Entscheidend wird einzig und allein, seit es über die internationale Arbeitnehmerbewegung gelingt, den Konzept der Unternehmer ein Konzept vom Europa der Arbeitnehmer entgegenzustellen.

John Evers
Junge Generation 5

Superwahljahr '94:

Keine Stimme für die FPÖ

Ausländerfeindliche und nationalistische Hetze haben bis jetzt das Superwahljahr 1994 (vier Landtagswahlen, Nationalrats- und Arbeitnehmerwahlen und die EU-Abstimmung) geprägt. Einmal mehr preschte die ÖVP im Superwahljahr „Heimat“. Am deutlichsten kommt das am Wahlkampf Tirol sehen. Die ÖVP setzt voll auf eine Anti-Wien-Haltung und versprach den Wählern, die „Tiroler Heimat“ vor den negativen Folgen des EU-Beitritts zu schützen.

In Kärnten hat eine korrupte SPÖ-Führung sich und die Partei völlig verbraucht. Durch nichts könnte das besser belegt werden, als durch die Umfragewerte, die die Belebung der FPÖ bundesweit auf über 20% bringen. In üblicher Manier wird vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise und der Sozialabaupolitik der Regierung die simple Rechnung aufgestellt: 250.000 Ausländer weniger sind 250.000 Arbeitsplätze, Wohnungen... für österreichische Arbeitnehmer mehr. Mit derartigen Parolen fährt Haider mittan hinein ins Herz der SPÖ-Hochburgen, in denen die Arbeitnehmer von Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg durchgebettet werden. Das erklärt Ziel der FPÖ ist die Auslöschung des „sozialistischen Österreichs“, also der radikale Abbau von sozialen und demokratischen Rechten der Arbeitnehmer. Haider strebt eine Regierung mit der ÖVP an, um sein Konzept „der dritten Republik“ durchzusetzen.



Wahlkampf: Wer ist schöner?

Zur SPÖ ist keine Alternative in Sicht

heut von SPÖ-Chef Ambrozy um 20 Prozentpunkte hinter seiner Partei ansetzen. Die SPÖ ist im zweitarmigen Burgenland Österreichs völlig unfähig, eine Alternative zum Strahlemann (und Unternehmer) Zernatto (der von der SPÖ selbst zum Landeshauptmann gemacht wurde) und Haider aufzuzeigen. Gerade in der traditionellen Hochburg der Freiheitlichen, wo es die entscheidende Chance gebe, Haider vernichtend zu schlagen, ist sich die SPÖ-Führung in nobler politischer Magie genügt, genüber der FPÖ und fleißigem Mitmachen bei rassistischer Hetze (z.B. gegen die slowenische Minderheit). Alleine die Tatsache, daß der Großunternehmer und Baulöwe Rognier für die Freiheitlichen kandidiert, hätte Angriffsfläche zur Genuge gegeben.

Auch die SPÖ-Führung fährt einen Kurs, der den Interessen der Arbeitnehmer fundamental widerspricht. Die Zahlen sprechen für sich: 270.000 Arbeitslose, 500.000 Menschen leben unter dem Existenzminimum, etwa eine Million leben in Armut. Bei Umfragen werden Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit an erster Stelle der Wunschliste gezeigt. Gleichzeitig betrifft die SPÖ-Führung Sozialabbau (teilweise als treibende Kraft), wo sie an der Macht bestellt ist. Warum soll man diese Partei dann wählen, fragen viele Arbeitnehmer und Jugendliche berechtigterweise. Derzeit gibt es in Österreich keine (sozialistische) Partei der Arbeitnehmer, keine Alternative, die stark genug wäre, die Verhältnisse für die Arbeiterschaft zu verbessern. Die Grünen haben sich zu einer bürgerlichen Partei entwickelt. Ihre Basis kommt in erster Linie von der städtischen Mittelschicht (Lehrer, Anwälte usw.), die seitens sozialen Vorstöße werden immer diffuser. Jeder Sieg der FPÖ, diese Niederlage der SPÖ bei Landtags- oder Nationalratswahlen verschlechtert die Ausgangsbasis für die Arbeitnehmer und wirkt eine weitere Offensive der Bürgerlichen einleitend. Doch wählen genug nicht. Es ist wichtig, daß wir jetzt beginnen, die Widerstand und eine sozialistische Alternative zu formulieren.

Manuela Tesak, Michael Gehrmacher und Johnny Evers

zwei Kollegen mehr als jetzt. Die Begründung für die Kürzung ist, daß wir pro Kollege weniger Erfolgscheine abfertigen als im Jahre 1988. Doch damals hätte laut der Statistik ein zusätzlicher Koffer eingestellt werden müssen. Doch das hätte uns der Personalchef ausgeredet, da wir doch „sparen“ müßten! Doch 10 Milliarden der jährlichen Gewinne der Post (Gruß, Fernmeldeamt) wurden zur Budgetsanierung verweichen! Jetzt wollen sie uns den, den sie uns nie gegeben haben, wieder wegnehmen! Außerdem, wenn wir einer weniger sind, verschlechtert sich unsere Statistik weiter und so können die Personalechsen Mitarbeiter. Doch leider ist die Regierung groß, da uns die Gewerkschaft im Stich läßt und jeder Angestellte um seinen Posten bangt. Nur eines ist sicher: Auf dem nächsten Gewerkschaftsheuren gehen wir nicht mehr, die sollen mit dem Geld etwas besseres machen!

Der Postler

Bei der Post- und Telekommunikationswaltung sollen im Laufe des Jahres massive Arbeitsplätze abgebaut werden. Dies bekamen meine Kollegen und ich kurzerhand zu spüren. Der Betriebsrat kam zu uns, und erklärte uns, wir sollen einen Dienstplan erstellen, wo wir die Gewerkschaft im Stich läßt und jeder Angestellte um seinen Posten bangt. Nur eines ist sicher: Auf dem nächsten Gewerkschaftsheuren gehen wir nicht mehr, die sollen mit dem Geld etwas besseres machen!

Verstaatlichte:

NEIN zum Sanierungswahnsinn!

Jahrzehntelang wurde die Verstaatlichte „umstrukturiert“ und „aer- zitielliert“, immer auf Kosten der Arbeiter und der Menschen in den betroffenen Regionen. Seit 1986 ging ein Drittel der Arbeitsstellen in der Verstaatlichten Industrie verloren. Ein entscheidender Schritt bei dieser Entwicklung war die Gründung der Austrian Industries (AI) und das damit verbundene Sanierungskonzept.

Die Mehrheit auf obwohl Verstaatlichtenminister Klima erklärt hat, daß die OIAG langfristig zum größeren Teil in Staatsbesitz bleibe. Die VA Stahl soll aber nicht lang auf sich warten lassen. Denn sobald sie... bör-

gige Überlebenschancen im Europäischen Stahlkonzern eintrat, wenn erst einmal mehr als 1000 Mitarbeiter abgebaut sind und umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt wurden. Aber in Linz wird sowieso schon länger für die Kongreßstadt, die Konzerstadt und die Kulturstadt geworben. Man versucht das Image der Arbeitssiedlung abzuschütteln. Selbst der Werksport-Fußballverein VOEST-Linz wurde Opfer dieser Politik. Im Vorjahr wurde er in FC Stahl Linz umbenannt und heißt heute bereits FC Kelti Linz. Man könnte den Eindruck gewinnen, daß nichts mehr an die eingesetzte Stahlstadt mehr erinnert soll. Die Bürgerlichen reden immer von der teuren Verstaatlichten. Was sie uns aber verschweigen ist, daß z.B. das Europäische Stahlkonzern genauso von Förderungen durch den Staat abhängig ist und daß die Beihilfen für die Stahlindustrie im Zeitraum von 1980-1991 in der EU um ein Vielfaches höher waren als in Österreich. Bei uns wurde die Tonie Rohstahl durchschnittlich mit 301 Schilling gefordert, in Frankreich mit 663 Schilling, in Italien sogar mit 845 Schilling. Seit 1987 ist eine große Zahl von Betrieben privatisiert worden. Die Erfahrungen beweisen jedenfalls, daß durch Privatisierung und Sanierung kein einziger Arbeitsplatz gerettet wird. Sozialabzüge und Entlassungen kündigen nur noch schärfere Angriffe auf die Arbeitnehmer an.

Van Sickle: Kündigungen verhindern!

Im niederrömerischen Erdölförderbetrieb Van Sickle sollen 24 von 54 Arbeitnehmern gekündigt werden. Van Sickle liefert ca. 2% der österreichischen Erdölfördermenge. Eigentümer ist zu 75% die ÖMV Austria, die zu 19% die Hälfe ÖMV AG und Gaskoks (Eigentümer: Bank Austria) gehört. Offenbar besteht nicht die Absicht, Van Sickle in die Mutterbetriebe aufzunehmen und so die Arbeitsplätze zu sichern.

Van Sickle: Kündigungen verhindern!

Die Österreichische Salinen AG

hat

452 Mitarbeiter mit

Ende Jänner 2000 den geltenden

Kollektivvertrag sowie sämtliche

Betriebsvereinbarungen gekündigt.

Am 1. Mai 1994 geplante Aufle-

derung der Salinen AG in 3 operative Bereiche genannt.

Van Sickle: Kündigungen verhindern!

Im niederrömerischen Erdölförderbetrieb Van Sickle sollen 24 von 54 Arbeitnehmern gekündigt werden. Van Sickle liefert ca. 2% der österreichischen Erdölfördermenge. Eigentümer ist zu 75% die ÖMV Austria, die zu 19% die Hälfe ÖMV AG und Gaskoks (Eigentümer: Bank Austria) gehört. Offenbar besteht nicht die Absicht, Van Sickle in die Mutterbetriebe aufzunehmen und so die Arbeitsplätze zu sichern.

Die komplexen Beteiligungen sol-

len darüber hinwegtäuschen, daß hier wieder einmal Kündigungen im verstaatlichten Bereich durchgeführt werden. Gerade deshalb ist es wichtig, daß derartige Vorgänge auch von anderen Arbeitnehmern innerhalb der Verstaatlichten verurteilt werden - Solidarität darf kein Fremdwort sein! Bedauern jedenfalls, daß der Wiener ÖMV-Betriebsrat sich in dieser Sache nicht engagieren will und sogar eine Solidaritätserklärung ablehnt!

Van Sickle: Kündigungen verhindern!

Die ARA (Alstroffrecycling Austria) macht pro Tag einen Verlust von 1 Mio. Schilling. Für die Ent- sorgung von Glas fehlen 72 Mio. S. Es wird daher zu einer Erhöhung der Gehälter (von 75/kg Glas auf 100) kommen. Insgesamt fehlen der ARA 1,4 Mrd. im Budget. Das Abfallwirtschaftsgesetz war aber schon von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Viele Unternehmer zahlen ihre Beiträge nicht und das Defizit der ARA soll nun auf die Konsumenten abgewälzt werden. Die ARA will die Sammlung von Kunststoff, Glas, Papier und Metall einstellen, anstatt die Unternehmer zu zwingen, für den Mist, den sie selbst produzieren, aufzukommen, bzw. zu verhindern, daß er überhaupt entsteht.

Alstroffrecycling?

Die ARA (Alstroffrecycling Austria) macht pro Tag einen Verlust von 1 Mio. Schilling. Für die Ent- sorgung von Glas fehlen 72 Mio. S. Es wird daher zu einer Erhöhung der Gehälter (von 75/kg Glas auf 100) kommen. Insgesamt fehlen der ARA 1,4 Mrd. im Budget. Das Abfallwirtschaftsgesetz war aber schon von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Viele Unternehmer zahlen ihre Beiträge nicht und das Defizit der ARA soll nun auf die Konsumenten abgewälzt werden. Die ARA will die Sammlung von Kunststoff, Glas, Papier und Metall einstellen, anstatt die Unternehmer zu zwingen, für den Mist, den sie selbst produzieren, aufzukommen, bzw. zu verhindern, daß er überhaupt entsteht.

Alstroffrecycling?

Die ARA (Alstroffrecycling Austria)

macht

pro Tag einen

Verlust von

1 Mio. Schilling.

Für die Ent- sorgung von Glas fehlen 72 Mio. S.

Es wird daher

zu einer Erhöhung

der Gehälter

(von 75/kg Glas auf 100)

kommen. Insgesamt fehlen der ARA 1,4 Mrd. im Budget. Das Abfallwirtschaftsgesetz war aber schon von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Viele Unternehmer zahlen ihre Beiträge nicht und das Defizit der ARA soll nun auf die Konsumenten abgewälzt werden. Die ARA will die Sammlung von Kunststoff, Glas, Papier und Metall einstellen, anstatt die Unternehmer zu zwingen, für den Mist, den sie selbst produzieren, aufzukommen, bzw. zu verhindern, daß er überhaupt entsteht.

Alstroffrecycling?

Die ARA (Alstroffrecycling Austria)

macht

pro Tag einen

Verlust von

1 Mio. Schilling.

Für die Ent- sorgung von Glas fehlen 72 Mio. S.

Es wird daher

zu einer Erhöhung

der Gehälter

(von 75/kg Glas auf 100)

kommen. Insgesamt fehlen der ARA 1,4 Mrd. im Budget. Das Abfallwirtschaftsgesetz war aber schon von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Viele Unternehmer zahlen ihre Beiträge nicht und das Defizit der ARA soll nun auf die Konsumenten abgewälzt werden. Die ARA will die Sammlung von Kunststoff, Glas, Papier und Metall einstellen, anstatt die Unternehmer zu zwingen, für den Mist, den sie selbst produzieren, aufzukommen, bzw. zu verhindern, daß er überhaupt entsteht.

Alstroffrecycling?

Die ARA (Alstroffrecycling Austria)

macht

pro Tag einen

Verlust von

1 Mio. Schilling.

Für die Ent- sorgung von Glas fehlen 72 Mio. S.

Es wird daher

zu einer Erhöhung

der Gehälter

(von 75/kg Glas auf 100)

kommen. Insgesamt fehlen der ARA 1,4 Mrd. im Budget. Das Abfallwirtschaftsgesetz war aber schon von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Viele Unternehmer zahlen ihre Beiträge nicht und das Defizit der ARA soll nun auf die Konsumenten abgewälzt werden. Die ARA will die Sammlung von Kunststoff, Glas, Papier und Metall einstellen, anstatt die Unternehmer zu zwingen, für den Mist, den sie selbst produzieren, aufzukommen, bzw. zu verhindern, daß er überhaupt entsteht.

Alstroffrecycling?

Die ARA (Alstroffrecycling Austria)

macht

pro Tag einen

Verlust von

1 Mio. Schilling.

Für die Ent- sorgung von Glas fehlen 72 Mio. S.

Es wird daher

zu einer Erhöhung

der Gehälter

(von 75/kg Glas auf 100)

kommen. Insgesamt fehlen der ARA 1,4 Mrd. im Budget. Das Abfallwirtschaftsgesetz war aber schon von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Viele Unternehmer zahlen ihre Beiträge nicht und das Defizit der ARA soll nun auf die Konsumenten abgewälzt werden. Die ARA will die Sammlung von Kunststoff, Glas, Papier und Metall einstellen, anstatt die Unternehmer zu zwingen, für den Mist, den sie selbst produzieren, aufzukommen, bzw. zu verhindern, daß er überhaupt entsteht.

Alstroffrecycling?

Die ARA (Alstroffrecycling Austria)

macht

pro Tag einen

Verlust von

1 Mio. Schilling.

Für die Ent- sorgung von Glas fehlen 72 Mio. S.

Es wird daher

zu einer Erhöhung

der Gehälter

(von 75/kg Glas auf 100)

kommen. Insgesamt fehlen der ARA 1,4 Mrd. im Budget. Das Abfallwirtschaftsgesetz war aber schon von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Viele Unternehmer zahlen ihre Beiträge nicht und das Defizit der ARA soll nun auf die Konsumenten abgewälzt werden. Die ARA will die Sammlung von Kunststoff, Glas, Papier und Metall einstellen, anstatt die Unternehmer zu zwingen, für den Mist, den sie selbst produzieren, aufzukommen, bzw. zu verhindern, daß er überhaupt entsteht.

Alstroffrecycling?

Die ARA (Alstroffrecycling Austria)

macht

pro Tag einen

Verlust von

1 Mio. Schilling.

Für die Ent- sorgung von Glas fehlen 72 Mio. S.

Es wird daher

zu einer Erhöhung

der Gehälter

(von 75/kg Glas auf 100)

kommen. Insgesamt fehlen der ARA 1,4 Mrd. im Budget. Das Abfallwirtschaftsgesetz war aber schon von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Viele Unternehmer zahlen ihre Beiträge nicht und das Defizit der ARA soll nun auf die Konsumenten abgewälzt werden. Die ARA will die Sammlung von Kunststoff, Glas, Papier und Metall einstellen, anstatt die Unternehmer zu zwingen, für den Mist, den sie selbst produzieren, aufzukommen, bzw. zu verhindern, daß er überhaupt entsteht.

Alstroffrecycling?

Die ARA (Alstroffrecycling Austria)

macht

pro Tag einen

Verlust von

1 Mio. Schilling.

Für die Ent- sorgung von Glas fehlen 72 Mio. S.

Es wird daher

zu einer Erhöhung

der Gehälter

(von 75/kg Glas auf 100)

kommen. Insgesamt fehlen der ARA 1,4 Mrd. im Budget. Das Abfallwirtschaftsgesetz war aber schon von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Viele Unternehmer zahlen ihre Beiträge nicht und das Defizit der ARA soll nun auf die Konsumenten abgewälzt werden. Die ARA will die Sammlung von Kunststoff, Glas, Papier und Metall einstellen, anstatt die Unternehmer zu zwingen, für den Mist, den sie selbst produzieren, aufzukommen, bzw. zu verhindern, daß er überhaupt entsteht.

Alstroffrecycling?

Die ARA (Alstroffrecycling Austria)

macht

pro Tag einen

Verlust von

1 Mio. Schilling.

Für die Ent- sorgung von Glas fehlen 72 Mio. S.

Es wird daher

zu einer Erhöhung

der Gehälter

(von 75/kg Glas auf 100)

kommen. Insgesamt fehlen der ARA 1,4 Mrd. im Budget. Das Abfallwirtschaftsgesetz war aber schon von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Viele Unternehmer zahlen ihre Beiträge nicht und das Defizit der ARA soll nun auf die Konsumenten abgewälzt werden. Die ARA will die Sammlung von Kunststoff, Glas, Papier und Metall einstellen, anstatt die Unternehmer zu zwingen, für den Mist, den sie selbst produzieren, aufzukommen, bzw. zu verhindern, daß er überhaupt entsteht.

Alstroffrecycling?

Die ARA (Alstroffrecycling Austria)

macht

pro Tag einen

Verlust von

1 Mio. Schilling.

Für die Ent- sorgung von Glas fehlen 72 Mio. S.

Es wird daher

zu einer Erhöhung

der Gehälter

(von 75/kg Glas auf 100)

kommen. Insgesamt fehlen der ARA 1,4 Mrd. im Budget. Das Abfallwirtschaftsgesetz war aber schon von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Viele Unternehmer zahlen ihre Beiträge nicht und das Defizit der ARA soll nun auf die Konsumenten abgewälzt werden. Die ARA will die Sammlung von Kunststoff, Glas, Papier und Metall einstellen, anstatt die Unternehmer zu zwingen, für den Mist, den sie selbst produzieren, aufzukommen, bzw. zu verhindern, daß er überhaupt entsteht.

Alstroffrecycling?

Die ARA (Alstroffrecycling Austria)

macht

pro Tag einen

Verlust von

1 Mio. Schilling.

Für die Ent- sorgung von Glas fehlen 72 Mio. S.

Es wird daher

zu einer Erhöhung

der Gehälter

(von 75/kg Glas auf 100)

kommen. Insgesamt fehlen der ARA 1,4 Mrd. im Budget. Das Abfallwirtschaftsgesetz war aber schon von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Viele Unternehmer zahlen ihre Beiträge nicht und das Defizit der ARA soll nun auf die Konsumenten abgewälzt werden. Die ARA will die Sammlung von Kunststoff, Glas, Papier und Metall einstellen, anstatt die Unternehmer zu zwingen, für den Mist, den sie selbst produzieren, aufzukommen, bzw. zu verhindern, daß er überhaupt entsteht.

Alstroffrecycling?

Die ARA (Alstroffrecycling Austria)

macht

pro Tag einen

Verlust von

1 Mio. Schilling.

Für die Ent- sorgung von Glas fehlen 72 Mio. S.

Es wird daher

zu einer Erhöhung

der Gehälter



Europa im Schatten der Krise! Was tun?

Österreich ist von der internationalen Wirtschaftskrise voll erfasst worden. Ist diese Krise nur eine kurze Unterbrechung, bevor der nächste lange Aufschwung kommt? Oder werden die Jahre nicht viel mehr durch Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und stagnante oder schwaches Wachstum geprägt sein? Welche Auswirkungen haben die Wirtschaftsperspektiven auf die Arbeiterbewegung?

Niedergangphase des Kapitalismus

Der Abwärtsstrend, in dem sich das internationale kapitalistische Wirtschaftssystem befindet, dauert schon lange an. 1974/75 galt es eine entscheidende Trendwende für die kapitalistische Weltwirtschaft. Der lange Nachkriegsboom von 1950-73 war endgültig zu Ende. Der Kapitalismus hatte gezeigt, daß er nicht krisenfrei funktionieren kann. Hinter den konjunkturellen Flauten '74/75, '80/82, '89... liegt ein allgemeiner Abwärtsstrend der Wirtschaft. Die Auswirkungen der Einbrüche konnten/kannen in den folgenden Aufschwungsperioden nicht abgebaut werden. Die Spirale der sozialen Probleme und Widersprüche bewegt sich immer weiter.

von David Mum

seinerlosigkeit, die in keinem Boom abgebaut werden konnte. Offiziell sind in den OECD-Ländern (Industriestaaten) 36 Millionen Menschen arbeitslos. Weiters lastet auf nahezu allen Staaten (insbesondere den USA) eine riesige Verschuldung.

Österreich - Insel der Seeligen?

Osterreich ist in jeder Hinsicht europäisch geworden. Die Jahresarbeitslosigkeit lag 1993 mit 7,7% auf einem Rekordniveau, das seit 39 Jahren nicht mehr erreicht worden ist. Gegenüber dem Vörohrt ist das eine Steigerung von 15,1%. Die Tendenz ist steigend: im Dezember waren 269.000 Österreicher (8,2%) arbeitslos, diesen standen ganze 24.600 gemeldete freie Stellen gegenüber. Für die österreichische Wirtschaft liegt die Wachstumsprognose bei 1,5%. Das Wirtschaftswachstum reicht nicht mehr aus, um die Rationalisierungen-



Mandatener: Profit auf Kosten der Arbeiter

folgen auszugleichen. Das bedeutet in der Realität, daß 3/4 der österreichischen Arbeitslosen auch bei einem ewigen Konjunkturaufschwung auf der Strecke bleiben.

vorstellen, den Durchschnittszeitraum von 13 Wochen auf das ganze Jahr auszudehnen. In Österreich sind die Arbeitszeiten schon im Interesse der Unternehmer - das zeigen folgende Zahlen von 1991:

13,1% der männlichen und 12,6% der weiblichen Arbeitnehmer arbeiten regelmäßig an Wochenenden. 15,1% der weiblichen Arbeitnehmer arbeiten regelmäßig am Samstag Vormittag. 14,5% der Männer arbeiten regelmäßig in Schicht-, Nacht- und Turnusdiensten.

1. Trick der Kapitalisten

Flexibilisierung

Flexibilisierung der Arbeitzeit ist ein gängiges Schlagwort, das von den Unternehmern gerne verwendet und als Lösung wirtschaftlicher Probleme eingefordert wird. Hinter der Flexibilisierung steht aber ihr Bestreben, existierende, gewerkschaftlich erkämpfte Rechte der Arbeitnehmer zu durchbrechen. Die Unternehmer wollen Arbeit auf Abruf, die wenn sie gebraucht werden, jederzeit verfügbar sein sollen. Basis dieses Beschäftigungsverhältnisses ist ein Arbeitszeitrahmen über einen möglichst großen Zeitraum, damit der Unternehmer die Arbeitnehmer möglichst lück-

rativ für sich einsetzen kann. Das hat also mit freier Zeiteinteilung der Arbeitnehmer nichts zu tun. Außerdem sollen dadurch Zahlungen für Überstunden, Nacht- und Wochenendarbeit gekürzt oder abgeschafft werden. Die Flexibilisierung erhöht den Leistungsdruck, was sich natürlich negativ auf die Gesundheit auswirken kann.

Besonders beliebt ist ein Durchrechnungsmodell, das nur die Jahresarbeitszeit festlegt. Jedenfalls zeigt die ÖGB-Führung schon Komprobierbereitschaft in diese Richtung. Hostenbach, GPA-Vorsitzende, kann sich

gegenüber für sich einsetzen kann. Das hat also mit freier Zeiteinteilung der Arbeitnehmer nichts zu tun. Außerdem sollen dadurch Zahlungen für Überstunden, Nacht- und Wochenendarbeit gekürzt oder abgeschafft werden. Die Flexibilisierung erhöht den Leistungsdruck, was sich natürlich negativ auf die Gesundheit auswirken kann.

Die „vernünftige sozialpartnerliche Lösung“ bedeutet für die Unternehmer Sieg auf voller Länge. Dagegen muß Widerstand von unten organisiert werden: Die Verhandlungen am grünen Tisch kann eine Wende bringen!

Auswirkungen der Krise 2. Trick der Kapitalisten Lohnverzicht

Armut...

Die Armut ist auch in Österreich weit verbreitetes Phänomen. 579.000 Österreicher leben unter dem Existenzminimum. Trotz angeblichem Wohlstandes haben sich die Einkommen der Lohnabhängigen in den letzten 30 Jahren deutlich zugunsten der Besser verdienenden entwickelt: Die branchenspezifischen Lohnunterschiede haben sich verdoppelt. Auch bei uns gibt es scharfe Attacken auf die Rechte und Einkommen der Arbeitnehmer. Und die Gewerkschaftsführung unter Verzetschicht sieht tatenlos zu. Heson sucht nach „vernünftigen Sozialpartner-Lösungen“. Indes hat sich die Bundeswirtschaftskammer auf volter Linie mit ihren Forderungen durchgesetzt:

Gespalt wird wieder einmal bei den Arzten, Karenzurlaubs- und Arbeitslosengeld werden 1995 auf der Basis von 1993 erhöht. Das ist bei Berücksichtigung der Preissteigerung ein empfindlicher realer Verlust. Beispiel für die jetzigen Steuerreformen ist das „Entlastungspaket“, das BWK-Präsident Maderhauer 1992 vorschlug und damals von der Gewerkschaft zumindest verbal abgelehnt wurde. (Seine und Arbeitsrechtliche Rücksicht ist vorläufig Jahrhundert). Heute sind sieben seiner acht Vorschläge angenommen:

- Einführung eines unzulässigen Kantonstages in der Krankenversicherung - noch nicht reicht.
- Mittelanzahlung der Unfallversicherung durch Arbeitnehmerbeitrag - angenommen.
- Abschaffung der Kisenregelung - angenommen.
- Verschärfung der Zuladungsbestimmungen - angenommen.
- Abschaffung der steuerlichen Begünstigung des Arbeitslosengeldes - angenommen.
- Allgemeine der Urlaubsansprüche - angenommen.
- Wegfall der Postensuchtrage bei Selbstständigung - angenommen.
- Verpflichtung zur aktiven Postensuche für arbeitslose - angenommen.

3. Trick der Kapitalisten

Arbeitszeitverkürzung

Fest steht, daß auch ein neuerlicher Wirtschaftsaufschwung in den westlichen Industrieländern das hohe Niveau der Arbeitslosenrate nicht senken wird. Jedenfalls haben bis 1993 Wachstum keine Auswirkungen auf die Beschäftigungszahlen, da in erster Linie Rationalisierungen durchgeführt werden.

In der Europäischen Union gibt es offiziell ca. 30 Millionen Arbeitslose. 1/9 aller Jugendlichen in der EU finden keinen Job. Auch in Österreich ist die Zahl der angebotenen Jobs von Oktober 1992 bis 1993 um 24,7% gesunken. Segar die OECD bemerkt diese Entwicklung: „In Europa sieht sich die Arbeitslosigkeit stetig nach jedem Konjunkturkurs zu nützlich zu erhöhen.“ Nicht gerinige Löhne senken die Arbeitslosigkeit, sondern nur eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn (d.h. die Aufteilung der vorhandenen Arbeit). Die Unternehmer wollen ihre Kosten senken und deswegen die Löhne reduzieren. Aber wenn die Leute weniger einkommen, können sie auch weniger kaufen. Dann wird aber die Produktion gesenkt und die Nachfrage nach Arbeitskräften sinkt.

Die vorliegende Arbeit soll auf alle aufgeteilt werden, statt eine Gruppe von Arbeitnehmern auf Null-Arbeits-



auf die bereinigte Lohnquote zeigt, daß der Anteil der Löhne am Volkseinkommen stark gesunken ist. Von 70,7% 1954 auf 65,1% im Jahr 1987! In derselben Zeitspanne stiegen die Einkommen aus Besitz von 0,7% auf 28,7%. Hier ist ein Zitat des BWK-Präsidenten, das er zwar auf Arbeitsloge geäußert hat, aber hier wohl eher anbringt: „In Österreich wird Nichtleistung zu hoch bezahlt.“

...Umwerteilung von unten nach oben...

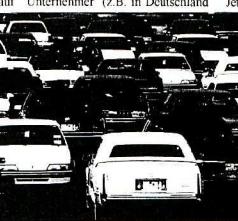
Auch von der jetzigen Steuerreform werden vor allem die Unternehmer profitieren. Es werde die Gewerbeprüfung sowie die Vermögenssteuer abgeschafft. Das ist wieder eine Umverteilung von unten nach oben. Einkommen unter 11.500 werden lohnsteuerfrei. Es gibt also keine Verbesserungen für die Arbeitnehmer, aber die Unternehmer werden ein Vielfaches mehr steuerlich entlastet - pro Kopf um mehr als das 10fache! Außerdem knüpft man den Arbeitnehmern über die Erhöhung von Tarifen Sozialabgaben und Inflation und Reduzierung der sozialen Leistungen die steuerlichen Einsparungen wieder ab.

....Schwächung der Gewerkschaften

Bei der letzten Kollektivvertragsverhandlung der Metaller-Gewerkschaft wurde die Tarifautonomie abgekämpft. Betriebliche Vereinbarungen führen aber zwangsläufig zur Schwächung der einheitlichen Gewerkschaft und Entsolidarisierung -

Wir fordern:

- * 35 Stunden Woche bei vollem Lohn, als ersten Schritt im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit!
- Nein zum Sozialabbaus!
- Arbeit für alle! Einem garantierten Arbeitsplatz nach der Ausbildung!
- Mindestlohn von 12.000 netto sofort!
- Gleit-, Lohnsatz (Anpassung der Löhne an die Preissteigerung)!
- Die Unternehmer sollen für ihre Krise zahlen.
- Weg mit dem Preissteigerungsvergessenheit der wichtigsten Konzern unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung!



Autofabrik: unfreilige "Arbeitszeitverkürzung"

den mehr produzieren. Eine generelle Kurzung der Arbeitszeit ist daher bei vollem Lohn und ohne Abbau von Beschäftigten möglich, wenn die Arbeitszeitverkürzung stark genug ist, diese Forderungen durchzusetzen. Nicht Arbeiter auf Abruf, die einmal 5 und dann 11 Stunden am Tag arbeiten, sondern nur eine gerechte, arbeitsrechtlich abgesicherte, kürzere Arbeitszeit kann im Interesse der Arbeitnehmer vorliegen. Fünf Arbeitszeiten und klare Regelungen zu Urlaub und Bezahlung sind Errungenschaften der Gewerkschaften, um den Kapitalisten nicht gänzlich ausgeliefert zu sein.

Chaque Delors, sozialdemokratischer EU-Kommissionspräsident, nahm sich dem Problem der Arbeitslosigkeit mit der Herausgabe eines Weißbuchs gegen die Arbeitslosigkeit an. Dieses zeigt aber nur sein Unverständnis. Sein Ziel ist es, „so viele Jobs zu schaffen wie die USA, so wettbewerbsfähig zu sein wie Japan und dabei so sozial zu bleiben, wie es Europa schon immer war.“ Er will bis zum Jahr 2000 15 Millionen neue Jobs schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit stärken. Grundlage dieses Plans ist aber ein Wirtschaftswachstum von 3,5% ab 1995. Dieses wird mit Sicherheit nicht eintreten. Denn der Kapitalismus ist in einer langfristigen Niedergangsphase, solch ein neuer Boom müßte zwangsläufig von „Himmel fallen“. Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum der OECD-Länder betrug 1980 bis 1990 2,8%, verglichen mit 4,9% 1960 bis 1973.

Jetzt ist es da!
Das neue VORWÄRTS, jetzt größer und noch besser! Das neue VORWÄRTS kann man jetzt noch leichter abonnieren.
Einfach Karte ausfüllen, Marke drauf und ab die Post!

Jo, das neue VORWÄRTS gefällt mir, deshalb möchte ich:

- Eine Probenummer gratis!
- Ein VORWÄRTS-FÖRDER-ABO für:
- 5 Nummern zu öS 50 (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu öS 100 (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu öS 200 (inkl. Porto)

Ich interessiere mich für die aktive Arbeit von VORWÄRTS und möchte:

- mich persönlich mit einem VORWÄRTS-Unterstützer treffen
- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- **VORWÄRTS** zum Weiterverkauf (Bezahlung folgt nach dem Verkauf)
- Ich interessiere mich für Eure Materialien (Broschüren, Bücher, T-Shirts, ...)

Dafür kämpft VORWÄRTS:

- ★ Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
- ★ 12.000,- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!
- ★ Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen!
- ★ 30 m² Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 10% des Nettoeinkommens!
- ★ Rigorose Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Strafen, Drohen Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie eingetragen werden!
- ★ Schlaf mit Sozialabbaus und Privatisierungspolitik!
- ★ Kein Ausverkauf der Verstaatlichten!
- ★ Für eine SPÖ-Ableinregierung mit sozialistischem Programm!
- ★ Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeitsteilung und -verwaltung!
- ★ Facharbeiterlohn für Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!
- ★ Ein sozialisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!

Kampffonds

Liebe Leserinnen! Liebe Leser!

Das Jahr 1994 hat begonnen. Unsere neue Zeitung ist so gut angekommen, sodass wir Verkaufserfolge erzielen. Bei Stadionverkäufen wurden innerhalb von nicht einmal einer Stunde über 40 Zeitschriften verkauft. Dabei haben wir sehr oft den Sondertarifpreis von 20,- erhalten und manchmal auch mehr. Bei einer Reihe von Gedächtnisveranstaltungen zum 12. Februar 1934 verkauften wir insgesamt über 200 Zeitschriften. Nach nur 3 Wochen mussten wir nachdrucken - dabei war die Auflage doch so hoch wie zuvor!

Auf großes Interesse steht auch unsere Broschüre zum Aufstand in Mexiko. Auf der Solidaritätsdemonstration fanden 42 Stück verkauft wurden, und wir waren die einzigen, die die umfassende Informationen zu Mexiko anbieten konnten. Unsere Abe-Kampagne hat voll eingeschlagen und uns eine Reihe neuer Abonnenten gebracht. Außerdem gab es in den letzten 2 Monaten auch zahlreiche Einzelabos, so z.B. von einer Studentin 1000,- und 1000,- von einer anonymen Spenderin. Obwohl wir in den ersten 2 Monaten nur 28.591 nur 12,78% unseres Ziels erreicht haben, zeigen uns die großartigen Verkaufserfolge, daß wir auf der richtigen Weg sind - und hoffen, mit Eurer Hilfe weitermachen zu können!

Kampffonds Aktuell



Termine:

März:

15.3.94: Diskussion zum Thema "Drogen" bei der Gruppe Jugend gegen Faschismus/Wiener Neustadt.

16.3.94: Über "Sexuelle Diskriminierung" diskutiert die ANTIFA WEST.

16.3.94: Was bedeutet „Das neue Mietrecht“ für uns, will die SJ 3 wissen.

17.3.94: „Antisemitismus“ - wo liegen die Wurzeln und gibt es immer noch, fragt sich die ANTIFA NORD.

23.3.94: „Zeichen gegen die Zeit und vor allem gegen die Faschisten“ - will die SJ 20 mit diesem Film über Widerstandskämpfer setzen. Wiener Erstaufführung!!!

April:

12.4.94: Warum hungern die Menschen in der „3. Welt“ diskutiert die SJ 6

13.4.94: „Die Menschen machen ihre Geschichte selbst“ - Einführung in die marxistische Geschichtsauffassung im Bezirksausschuss der JG 5.

22.4.94: „Kampf dem Faschismus“ - Strategien und Taktiken gegen Nazis und Rassisten diskutiert die ANTIFA-SÜD.

29.4.94: „Das Ende der Apartheid in Südafrika“ - stellt die LEHRLINGSGRUPPE in Frage.

Antifa-Süd:

jeden Freitag 19 Uhr

Reinheitsgeisterfest 6

Antifa-West:

jeden Mittwoch 19 Uhr

Hackeing 13

Antifa-Nord:

jeden Donnerstag 18 Uhr 45

20. Allerheiligenplatz 17

Ecke Donauschgassestr./

Vorgartenstraße

Antifa-Lerngruppe:

jeden Freitag 19 Uhr

7. Siebenstern 31

Niederösterreich:

Jugend gegen Faschismus

JRÖ/Wiener Neustadt:

jeden Dienstag 18.30 Uhr,

Fingnissi Domplatz W.Neustadt

Spender!

Um unsere Hosen besser zu verbreiten, brauchen wir mehr und bessere Geräte. Doch die kosten Geduld. Deshalb bitten wir unsere Leser um Unterstützung, um schnellstens geht es, wenn ihr es auf unser Konto überweist. Am besten wäre es, wenn ihr mittels Dauerauftrag unterstützt. Danke - dann geht der Schilling zuletzt

PSK 8812.733

zu bestehen unter der Kontonummer PSK

8812.733; Broschüre 85,-, T-Shirt 65,-, Button 15,-

Gegen Nazis Shirts und Buttons

ohne

Seite 6

Seite 7

Wo ihr uns treffen könnt:

Wien

SJ 3/ Gruppe COMMUNE: jeden Mittwoch 19 Uhr
3. Zentrum Erdberg
Lechnerstr.2-4

Junge Generation 5:

jeden Mittwoch 19 Uhr
5. Jugendzentrum Grünwaldg.4

Sozialistische Jugend 6:

jeden Dienstag 19 Uhr
6. Wallg.4

Sozialistische Jugend 20:

jeden Mittwoch 19 Uhr
20. Allerheiligenplatz 17
Ecke Donauschgassestr./
Vorgartenstraße

Antifa-Süd:

jeden Freitag 19 Uhr

„Rotpunkt“

Reinheitsgeisterfest 6

Antifa-West:

jeden Mittwoch 19 Uhr

15. Hackeing 13

Antifa-Nord:

jeden Donnerstag 18 Uhr 45

20. Allerheiligenplatz 17

Ecke Donauschgassestr./

Vorgartenstraße

Antifa-Lerngruppe:

jeden Freitag 19 Uhr

7. Siebenstern 31

Niederösterreich:

Jugend gegen Faschismus

JRÖ/Wiener Neustadt:

jeden Dienstag 18.30 Uhr,

Fingnissi Domplatz W.Neustadt

Spender!

Um unsere Hosen besser zu verbreiten, brauchen wir mehr und bessere Geräte. Doch die kosten Geduld. Deshalb bitten wir unsere Leser um Unterstützung, um schnellstens geht es, wenn ihr es auf unser Konto überweist. Am besten wäre es, wenn ihr mittels Dauerauftrag unterstützt. Danke - dann geht der Schilling zuletzt

PSK 8812.733

zu bestehen unter der Kontonummer PSK

8812.733; Broschüre 85,-, T-Shirt 65,-, Button 15,-

ohne

Buchtip!

Skinheads

Buchbesprechung: Klaus Farin, Skinheads. Beck'sche Reihe Nr. 1003, 139,- Schilling.



Der mit Abstand beste Einstieg in die Thematik. Farin berichtet über die Wurzeln der Bewegung, über SHARPs und Redskins, über Boneheads und Versuche der Nazis, in die Skinszene Einfahrt zu gewinnen. Er beschreibt Mode und die Musik der Skins und berichtet über die wichtigsten Zeitungen. Im Anhang noch eine Reihe von Adressen, wo sich antirassistische Skins mit einschlägiger Musik, usw. versetzen können.

Michel Bonvalot, Antifa-Nord

Seite 6

Seite 7

Internationales

Wahlen in Südafrika

Am 27.4.94 werden die ersten Parlamentswahlen in der Geschichte Südafrikas stattfinden, an denen die schwarze Bevölkerung teilnehmen kann. Auf juristischer Ebene wird dadurch die Apartheid abgeschafft und auf parlamentarischer Ebene die 350 Jahre dauernde Vorherrschaft der weißen Bevölkerungsmehrheit beendet. Dass der ANC (Afrikanischer Nationalkongress) mit einer überragenden Stimmenmehrheit gewinnen wird, ist unbestritten. Klar ist nur noch nicht, wie groß die Mehrheit sein wird. Der 27.4.94 ist ein Sieg für die schwarze Bevölkerungsmehrheit - aber ein vollständiger, denn an den sozialen Mäßigungen und den wirtschaftlichen Strukturen des Apartheidssystems wird sich dadurch noch nichts Grundsätzliches ändern.

Südafrika haben werden - ein weiteres Argument für die ANC-Führung, um nicht eingelöste Versprechen zu „erklären“. Einige Reformen werden gemacht werden müssen, um die Massen zu beruhigen. Aber weder das noch das ausländische Kapital lassen dafür einen großen Raum, und so wird der ANC vor einem Berg von ungeliebten Erwartungen und Versprechen stehen.

Unterstützung für eine Arbeiterspartei!

Zur Zeit ist der ANC ein Sammelbecken für verschiedene politische Strömungen. Das Ziel, die Wahlen zu gewinnen, hält die gesamte Organisation zusammen. Nach den Wahlen werden Konflikte um das Programm und dessen Umsetzung offen auftreten. Die ANC wird mehr und mehr als der bürgerliche Teil der Bewegung gesehen. (Was auch stimmt, denn die Politik Mandelas und der ANC-Führung repräsentiert die Interessen der aufsteigenden schwarzen Bourgeoisie). Bereits jetzt gibt es aus der COAST, dem Gewerkschaftsdachverband, Unterstützung für die Idee einer Arbeiterspartei. Eine derartige Organisation ist notwendig, um im Interesse der schwarzen Bevölkerung zu kämpfen. Aufgrund der ungelösten sozialen Probleme wird sich die schwarze Arbeiterschaft nicht mit Almosen zufrieden geben, sondern auch soziale Verbesserungen einfordern. Dazu wird sie wieder Forderungen nach Vergesellschaftung und einer sozialistischen Gesellschaft aufstellen.

Sonja Grusich SPÖ 20

Der Schulterschluss: De Klerk und Mandela



Der Schulterschluss: De Klerk und Mandela

Zulu-Monarchie wäre es dann wohl vorbei. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für die Weißen). Klar wird, daß es Bhabacez und dem „Zulu-Adel“ nie mit die Interessen der schwarzen Bevölkerung ging, sondern nur mit ihrer eigenen Privilegien. Beide wollen die Wahlen am 27. April boykottieren und fordern gemeinsame Staaten (einen für die Zulus und den Rest der Welt ein „gewachsenes Königreich“) und einen für

Kampf der FPÖ!

Nur ein paar Wochen nach den Briefbombeattentaten kündigte Haider den ausländerfeindlichsten Wahlkampf in der Geschichte der Zweiten Republik an. Im Superwahljahr 1994 soll das rassistische Ausländer- „Volksbegehren“ als Thema neu aufgelegt werden.

Haider hetzt fürs Kapital!

Haider greift die Sorgen, Nöte und Ängste des „kleinen Mannes“ auf und gibt eine einfache Antwort auf alles: Egal ob Wohnungsnott, Arbeitslosigkeit, Lohndruck oder überfüllte Schulen und Unis... - die Ausländer sind schuld. Mit diesen Parolen sollen wir gespalten und von den wahren Ursachen der bestehenden Probleme abgelenkt werden. Daß in Wien 50.000 Wohnungen aus Spekulationsgründen leerstehen, verschweigt er ebenso wie die Tatsache, daß die Ausländerdiskriminierung und Abdrängen in die Illegalität durch Löschnaks Gesetze erst zu Lohndruck führen. Schließlich verdienen sich seine Geldgeber an den rechtlosen Kollegen dummm und dämlich. Daß die Unternehmer durch

„Rationalisierungen“ ihre feisten Profite über die Krise retten wollen und lieber rechtslose, und somit billigere Arbeitskräfte zu Hungerlöhnen anstellen, prangert er nicht an. Seine Taktik ist es, die Stimmen des „kleinen Mannes“ für die Interessen der großen Bosse, wie dem Großbauunternehmer Rognier, der zum neuen Kärtner FPÖ-Star gepuscht worden ist, zu sichern.

Haider - der Demokrat?

In der FPÖ sammelt sich eine bemerkenswerte Zahl von Rechtsradikalen und offenen Nazis an. Daß diese Leute von der Parteispitze mehr als nur geduldet werden, zeigt sich an der Vergabe der Listenplätze für die Niederösterreichischen Landtagswahlen 93. An erster Stelle stand niemand geringerer als Hans Jörg Schi-

manek senior, Vater des gleichnamigen VAPO-Kaders und Wehrsportlers, der sich nie von den Machenschaften seines Sprößlings distanzierte. Nummer 4 auf der Liste war Edwin Rambossek, der auf einer Weihnachtsfeier der rechtsradikalen Kameradschaft Prinz Eugen (Dies wurde sogar aus dem Kameradschaftsbund wegen

Mitte der strammen Haiderjungs ist Robert Dürr. Er schreibt bei Ochensbergers (ein verurteilter Rechts-extremist), „Sieg“ und leitet nun die „Notwehrgemeinschaft der Bauern“, in dieser Funktion referierte er mehrmals bei AFP-Tagungen. Er war Haiders Wunschkandidat für den burgenländischen FP-Vorsitz, mußte wegen des öffentlichen Drucks gehen. Seinen Posten als FP-Gemeinderat in Nickelsdorf hat er aber heute noch inne. Der mit

Antifa-Komitee Wr. Neustadt - Jugend gegen Faschismus - eine Veranstaltung zum Gedenken an den Februarauftand 1934. Über 100 Jugendliche, Gewerkschafter und Gäste nahmen daran teil. Oben erwähnter Martin Frauendorfer, „noch immer“ RFJ-Funktionär, tauchte plötzlich mit bewaffneter Begleitung auf. Nach zehn Minuten wurde er mit seinem Anhang von uns entfernt. Genauso wie in Wiener Neustadt werden wir gegen die FPÖ überall mobil machen. Ab März wird es bis zu den Nationalratswahlen eine bundesweite Kampagne gegen die FPÖ geben. Einen Vorgeschmack gab es auf einer von der FPÖ als Bürgerinitiative getarnten Veranstaltung gegen die Ansiedlung des „linken“ Jugendlokals Flex 30. Mitglieder des Antifa-Komitees entkräften die rechte Panikmache der „Freiheitlichen“. Der Standard berichtete (leider unvollständig). In Wien Margareten zum Beispiel organisiert das Antifa-Komitee Süd zur Zeit eine Kampagne gegen den Bezirksvorsteherstellvertreter Brandl. Seine Spezialität: Hetze gegen Ausländer und Drogensüchtige und eine Initiative zur Schließung des Margareten Jugendzentrums. Die „Antifa-West“ macht für die Schließung des AFP-Lokals in Wien 16 mobil. Aber auch die FPÖ und die Polizei sind nicht untätig. Mehrere Aktivisten wurden mit Formalangaben beim Flugblattverteilen mit Geldstrafen belegt. Zuvor mobilisierte der Wiener FP-Jugendsprecher Westenthaler alle verfügbaren Kräfte gegen das Antifa-Komitee. In einer Presseaussendung bezeichnete er uns als „linkes Elend“ und forderte in Zusammenhang mit dem Aushang einer unserer Publikationen (auf der ein Haider- und ein Skinheadbild mit dem Untertitel „Heuchler und Bombenbastler“ im öffentlichen Schaukasten der Jugendinitiativen gezeigt wurde) den Rücktritt von Vizebürgermeisterin Smejkal. Die Publikation wurde tatsächlich entfernt - wir organisierten sofort eine Kundgebung gegen diese Zensur vor der FPÖ-Zentrale. Standard und Wiener-Zeitung berichteten. Die Rechten nehmen uns offensichtlich sehr ernst, sie haben auch allen Grund dazu. Denn in dieser Art werden wir im Superwahljahr gegen FPÖ und Faschisten kämpfen.



Folgender Brief erreichte VORWÄRTS. Die „Ausländer-Gesetze“ des „Sozialdemokraten“ Löschnak liefern Menschen ausländischer Herkunft unkontrollierter Polizeigewalt aus. Das willkürliche Vorgehen der Polizei paart sich mit einer „Ausländergesetzgebung“, die Flüchtlinge und Menschen ausländischer Herkunft zu staatlich erklärten Menschen 2. Klasse machen.

ten oder vielleicht gar irgendwelche Asylanten untergebracht hätten. Nachdem sie Jödes Eckerl und alle Schränke durchgewühlt haben, waren sie noch immer nicht zufrieden. Also verlangten sie nach Meldedateien von allen Mitbewohnern dieser Wohnung. Ich konnte ihm diesen Wunsch nicht erfüllen, da meine Eltern die Papiere bei sich hatten. Daraufhin flippete er total aus und sagte mir, daß jeder Mieter seinen Meldedatei bei sich tragen muß. „Nur Dokumente sagen vor dem Gesetz die Wahrheit...“ war die Wahrheit des Polizisten. Dasselbe erklärte er mir 10 Minuten lang - ich könnte sogar meine „Identität“ ohne Dokumente verlieren! Die größte Freiheit war, ich sollte ihnen einen Kaffee bringen (da der Tag ja gerade begonnen hatte). Daraufhin habe ich sie gebeten, sich zu schleichen!

Ich wurde an einem Morgen von zwei Polizisten überrascht. Der eine in Uniform, der andere normal gekleidet. Sie standen vor der Tür und verlangten aufgrund eines Durchsuchungsbefehls meine Eltern zu sprechen. Meine Eltern waren nicht zu Hause, also mußte ich sie wohl oder übel hereinlassen. Sofort fing einer an, mir einen Haufen von Fragen zu stellen. Da ich nicht besonders schnell auf seine Fragen geantwortet habe, hat er sofort angenommen, ich versteünde kein Deutsch. Es ging darum, ob meine Eltern Drogen im Haus versteckt hät-

Ein Mitglied des Antifakomitees, Schülerin und österreichische Staatsbürgerin, aber - wie ihre Eltern nicht in Österreich geboren.

gen Rechtlastigkeit ausgeschlossen !!) gemütlich mit SS-Kriegsverbrecher Walter Reder plauderte und mit ihm gemeinsam als Ehrengast gefeiert wurde. Weiters Nummer 5: Barbara Rosenkranz, die Ehefrau des FAKTEN-Herausgeber und Gründers der verbotenen Liste „Nein zur Ausländerflut“, Horst Jakob Rosenkranz, die sich weigert, zu der politischen Linie ihres Mannes auf Distanz zu gehen. Weiters war als Nummer 6 Wolfgang Haberer, der meinte, ein Flugblatt mit dem Text „Österreich war Deutsch, ist Deutsch und bleibt Deutsch“ sei nicht nationalsozialistisch. Es flog auf, daß er VAPO-Aktivisten in der Wiener Neustädter FP-Zentrale diese Flugblätter kopieren ließ. Bei solchen Funktionären ist es kaum verwunderlich, daß Haider selbst sich gerne mit Größen der rechtsextremen, deutschen Anti-EU-Liste „Die Bürger“ ablichten läßt und sein Grundsatzreferent Möller auf AFP-Kongreß (AFP = Aktionsgemeinschaft für demokratische Politik ist das wichtigste Bindeglied zwischen FPÖ und Naziszene) referierte. Eine weitere Nazi-Größe in

den Briefbombeattentaten in Zusammenhang gebrachte Rudolf Wundsam kandidierte bei Linzer ÖBB-Personalvertretungswahlen für die FP-Liste „AUFÉ“ (Aktionsgemeinschaft unabhängiger und freiheitlicher Eisenbahner). Der VAPO-Kader trat erst kürzlich auf aus der FPÖ aus. Martin Frauendorfer, Mitglied des Bundesvorstandes des RFJ (Ring freiheitlicher Jugend) und Jugendgruppenführer in Wiener Neustadt, tat sich bei einer Störaktion gegen die Gründung des Antifaschistischen Komitees in Wr. Neustadt durch folgende Aussagen hervor: „Solange ich wegen meiner braunen Gesinnung gehabt werde, werde ich Menschen mit brauner Haut hassen“ oder „Alle deren Namen ich nicht aussprechen kann, gehören aus Österreich ausgewiesen.“ Durch massiven Druck wurde er nach seiner neuesten Hetzaussendung gegen das Antifa-Komitee, laut Kurier, aus der FPÖ ausgeschlossen.

Widerstand formiert sich!

Am 12. Februar organisierte das

Harald Mahrer, Antifa Süd